

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telefon Nr. 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 23.

Sonnabend, den 9. Juni 1917.

21. Jahrgang.

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

I.

Wenn die Gewerkschaften aller Richtungen sich gegen die Gründung einer Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten wandten, so berechnete sie hierzu einmal ihre gesamte Tätigkeit zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, weiter aber die besonderen Pflichten, die sie sich den Kriegsbeschädigten gegenüber von vornherein als selbstverständlich auferlegten.

Nach dem offiziellen Bericht über die Verhandlungen in Essen zur Gründung eines Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter führte der Vorsitzende gegen die Rundgebung der Gewerkschaften folgendes aus:

„Die Gewerkschaften haben gegen uns Stellung genommen. Ich bin aber davon überzeugt, daß, wenn wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen und uns einmal kennen lernen, wenn die Gewerkschaften, welche Arbeitsfeld die Gewerkschaften für sich in der Fürsorge beanspruchen, dann eine Verständigung erzielt wird. Den Vorwurf aber, daß die Gewerkschaften nicht erparnen, daß sie öffentlich gegen uns geschrieben haben, ohne uns erst kennen zu lernen.“

Das ist umgekehrt gerade der Vorwurf, den die Organisationen der Arbeiter und Angestellten den Gründern der Sonderorganisation zu machen haben, die anscheinend die Gewerkschaften nicht kennen und gänzlich unverständlich ließen, was die Verbände bereits auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge geleistet haben, bevor an die Gründung besonderer Vereinigungen der Kriegsbeschädigten zu denken war. Die Gewerkschaften haben sich der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten aber nicht nur aus rein menschlichem Mitleid angenommen, sondern aus der Erkenntnis, daß eine durchgreifende Fürsorge sowohl im Interesse ihrer Kriegsbeschädigten Mitglieder als auch im Interesse aller übrigen Arbeiter und Angestellten unerlässlich ist. Der Kriegsbeschädigte muß davon geschützt werden, daß seine verminderte Arbeitskraft und seine Kräfte dazu ausgenutzt werden, ihn als Lohnbringer gegen seine Arbeitsgenossen zu misshandeln. Schon diese Aufgabe allein bietet den Kriegsbeschädigten die Gewähr, daß die Gewerkschaften sich ernstlich ihrer Interessen annehmen werden. Und wo es irgend etwas daran festhalten sollten, haben die Kriegsbeschädigten Mitglieder jederzeit Gelegenheit, ihre Wünsche und Beschwerden geltend zu machen und Anregungen zu geben.

Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten wollen die wirtschaftliche Sicherstellung ihrer Mitglieder. Der Begriff der wirtschaftlichen Sicherstellung ist, wie für alle Arbeiter und Angestellten, so auch für die mehr oder minder erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten, nur relativ. Um eine absolute Sicherstellung kann es sich lediglich für die Sanjwaliden handeln, und zwar durch ausreichende Rentenversorgung. Das geltende Manuskriptverordnungsrecht ist allgemein als reformbedürftig anerkannt. Zu seiner Neuregelung muß nun der Kriegsbeschädigtenverband den Parlamentariern aller Richtungen mit Material zur Hand gehen. Das ist auch alles, was er dazu tun könnte. Ist er darum aber notwendig? Die Gewerkschaften und die Arbeitsekretariate erhalten von ihren Kriegsbeschädigten Mitgliedern Material genug. Ihre Funktionäre sind in der Sichtung und Bewertung des Materials geschult und ihre parlamentarischen Vertreter haben vornehmlich die Aufgabe, an dem Ausbau der Sozialgesetzgebung im Sinne der Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter und Angestellten mitzumachen. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist nicht mehr wie ehemals eine Meffortangelegenheit der Kriegsministerien, sondern fernherhin ein Teil unserer Sozialgesetzgebung. In den Sonderausfällen des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, der sich seit geraumer Zeit auch mit der Reform des Manuskriptverordnungsrechtes befaßt, sind die Gewerkschaften ebenfalls tätig. Durch die Gewerkschaften ist somit eine sachkundigere, energiegeladere und erfolgversprechendere Vertretung der berechtigten Anforderungen der Kriegsbeschädigten gewährleistet, als sie durch irgendeine Vereinigung von Kriegsbeschädigten, die zu diesem Zweck wie die Bank aller Parteien werden will, möglich wäre.

Blüht man den Einwand, ein großer Teil der Kriegsbeschädigten sei entweder zuvor nicht gewerkschaftlich organisiert gewesen oder ein anderer erheblicher Teil derselben bleibe dauernd erwerbsunfähig und damit zugleich organisationsunfähig, so erweist er sich weder als Bestätigung zureichend noch als Behauptung und damit auch nicht als stichhaltig zur Rechtfertigung der Gründung von Sonderorganisationen. Selbst wenn man den Gewerkschaften unterstellen wollte, sie sorgten nur für ihre Kriegsbeschädigten Mitglieder, unbestimmt um die unorganisierten Kriegsbeschädigten, so steht dem entgegen, daß jedwede Verbesserung der Versorgungsbedingungen ausnahmslos allen Kriegsbeschädigten zugute kommen muß. Abgesehen davon, daß auch ein Teil der Kriegsbeschädigten gewordenen Mitglieder der Gewerkschaften ihren Verbänden nicht ohne weiteres den Rücken kehren wird, und daß andererseits es sich immer noch um die Väter, Söhne oder Brüder der Gewerkschaftsmitglieder handelt. Für die noch erwerbsfähigen bisher unorganisierten Kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten aber erweist sich der Anschluß an ihre wirtschaftliche Organisation notwendiger denn je zuvor, und kann durch die Zugehörigkeit zu irgendeiner Kriegsbeschädigtenvereinigung nicht ersetzt werden.

Während nun leider ein Teil der Kriegsbeschädigten als gänzlich untauglich aus den Reihen der Erwerbstätigen ausscheiden wird, so scheiden andererseits alle diejenigen aus dem Kreise der Kriegsbeschädigten aus, die wieder in den Vollbesitz ihrer Arbeitskraft gelangen. Die große Mehrzahl der Kriegsbeschädigten aber erlangt einen mehr oder minder hohen Grad der früheren Erwerbsfähigkeit zurück. Damit ist denn auch die Hauptaufgabe der Fürsorge für die geschienten Kriegsbeschädigten gegeben: ihre geeignete Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt und die Wahrnehmung ihrer Lohninteressen. Daß die Gewerkschaften die zur Lösung dieser Aufgabe berufenen Organisationen sind, das dürfte auch auf der Delegiertenversammlung der Kriegsbeschädigten in Essen zugegeben werden.

In ihren Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmervereinigungen zur Wiederherstellung der Kriegsbeschädigten haben die Gewerkschaften auch den Beweis erbracht, daß sie sich der Interessen der Kriegsbeschädigten tatkräftig annehmen. In den Verufen und

Industrien, für die solche Arbeitsgemeinschaften bis jetzt noch nicht bestehen, liegt es nicht an den Gewerkschaften, sondern an dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeberverbände. Doch auch in diesen Fällen werden die betreffenden Berufsverbände weiterhin auf eine Regelung dringen, inwieweit aber ihren Kriegsbeschädigten Kollegen auch ohne Arbeitsgemeinschaft nach besten Kräften behilflich sein. Bei der Erwerbstätigkeit der Kriegsbeschädigten, die nicht mehr ihre volle Arbeitskraft einsetzen können, kommt es in besonderem Maße auf ein verträgliches Zusammenarbeiten mit den Arbeitskollegen an, und auf eine unparteiische paritätische Schlichtungsinstanz zur Festlegung und Nachprüfung der Arbeitsbedingungen, zur Untersuchung und Abstellung von Beschwerden, sowie zur Beilegung von Streitigkeiten. Hier kann keine Organisation der Kriegsbeschädigten, sondern lediglich die Berufsorganisation helfen.

Kostenlose Rechtsauskunft und Rechtsberatung, wonach die neue Vereinigung erst suchen muß, haben die Gewerkschaftsmitglieder längst. Und selbst diejenigen Arbeitsekretariate, die nur Organisationsfähigen Personen, in unserem Falle den erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten, bereitwillig Auskunft. Eine weitere Forderung ist die Errichtung besonderer Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte oder doch besonderer Abteilungen bei den allgemeinen Arbeitsnachweisen. Bei den großstädtlichen Arbeitsnachweisen bestehen bereits besondere Abteilungen. Wo solche aber noch nicht eingerichtet sind, obgleich ein Bedürfnis dazu vorliegt, ist es Sache der örtlichen Gewerkschaftskartelle, auf ihre Schaffung hinzuwirken. In kleineren Orten dagegen kann die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte zu besonderen Stunden getrennt erfolgen, was ebenfalls ohne Sonderorganisation zu erreichen ist. Wo demnach notwendig erscheinende Maßnahmen nicht getroffen werden, müssen die Kriegsbeschädigten in ihrer Berufsorganisation dafür eintreten.

Bereits auf ihrer Kölner Tagung im August 1916 haben die Vertreter der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände betont, daß die lokale Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge und damit auch die Berufsberatung noch lange nicht überall das ist und so ist, wie sie sein soll und sein muß. Was jedoch dabei zu verbessern ist, das wird durch den Einfluß sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen mindestens ebenso rasch und gründlich geschehen, als durch den Verband der Kriegsbeschädigten. Ueberdies stehen die Gewerkschaften durchaus nicht an, mit ihrer Vertretung in den Ortsausschüssen und den Berufsberatungsstellen auch geeignete Kriegsbeschädigte Kollegen zu betrauen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Erwünschte und unerwünschte Unternehmungslust. — Gründungen in der Waggonbauindustrie. — Berechtigte Mahnungen. — Zusammenschluß im Maschinenbau. — Förderung der Kartellentwicklung durch den Krieg. — Aus der Glühlampenindustrie. — Vereinigung von Installationsindustrie und Stromlieferung.

Bei der ungemein starken Beschäftigung der Waggonbauanstalten blieben auch auf diesem Industriegebiet Betriebsverweiterungen und Neugründungen nicht aus. In diesen Tagen wurde wieder die Errichtung einer Waggonfabrik durch Gründung einer Aktien-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark in Frankenberg in Sachsen gemeldet. Ist Unternehmungslust an sich erfreulich, besonders in Kriegzeiten, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob die Art, in der sie sich betätigt, immer als wünschenswert gelten kann. Vor einem Jahre wurde in der Handelspresse ein Bericht über die Lage der Waggonfabriken veröffentlicht, in dem es hieß: „Die deutschen Waggonfabriken sind durch die ihnen übertragenen Staatsaufträge zur Zeit gut beschäftigt. Kleine Lücken im Auftragsbestand wurden durch private Inlandsaufträge (hauptsächlich Güter- und Kesselwagen) und durch in letzter Zeit wieder etwas häufiger auftretende Bestellungen der immer noch in bescheidenen Grenzen bleibenden Lieferungen an Verbündete und neutrale Länder der ausgefüllt.“ Allerdings war die Beschäftigung, wie alsdann betont wurde, nur in Betracht des durch den Kriegszustand erheblich verringerten Arbeiterbestandes befriedigend zu nennen. Keine der deutschen Waggonbauanstalten wäre infolge des Mangels an Arbeitern, und zwar ganz besonders an geschulten Fabrikarbeitern, und infolge der zunehmenden Schwierigkeiten der Verteilungen auch nur annähernd auszunutzen. Eine Anzahl großer Werke könnte bei voller Ausnutzung ihrer Räumlichkeiten und Maschinen ihre Lieferungen ohne Schwierigkeiten verdoppeln. Ueberall, wo von Lieferungsrückständen die Rede gewesen sei, waren diese nicht etwa auf eine nicht ausreichende Ausdehnung der betreffenden Betriebe zurückzuführen, sondern ausschließlich auf die erwähnte Behinderung in der Ausnutzung der vorhandenen Anlagen. Die Errichtung neuer Werke oder der Ausbau bestehender sei unter diesen Umständen eine im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse unerwünschte Kapitalverwendung und bei der Notwendigkeit der Arbeitervorbereitung aus bestehenden, gut eingearbeiteten Anstalten in neu einzuarbeitende unabweisbar verbunden mit einer Minderung der Gesamtleistung.

Befolgt wurde diese Mahnung, wie die Dinge stehen, nicht. Das war auch kaum anders zu erwarten, in der Praxis pflegt eine derartige Warnung, die auch in dem vorliegenden Falle von einem Interessentenkreis ausgegangen war, eher das Gegenteil zu erreichen. Traf die Darstellung von der Lage der Waggonfabriken im Grunde an, so war zu zweifeln kein Anlaß vorliegt, so war die Mahnung berechtigt und bleibt es auch. Daß die Waggonfabriken sich einer sehr guten Rentabilität zu erfreuen haben, ändert daran nichts. Mehr als je sind wir an einer Sammlung der wirtschaftlichen Kräfte genötigt, es muß jede Vergeudung von Arbeitskraft und Kapital vermieden werden, um die gewaltigen Aufwendungen leisten zu können, die für das Wirtschaftsganze nach dem Kriege erforderlich sein werden. Für die Aktionäre einer neuen Waggonfabrik könnten sich die geschäftlichen Aussichten durchaus günstig gestalten, aber volkswirtschaftlich ist die Errichtung eines neuen Betriebes unter den obwaltenden Verhältnissen durchaus kein Vorteil, wenn die vorhandenen Werke bei Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit ohnedies in der Lage sind, die Gesamtproduktion wesentlich und über allen Bedarf hinaus erhöhen zu können. Mit diesem volkswirtschaftlichen Interesse decken sich auch die wohlverstandenen Interessen der Arbeitererschaft.

Verfügt die Waggonbauindustrie über breite und festgelegte Kartellorganisationen, so ließ bisher die Verbandsbildung im Maschinenbau auf erheblich größere Schwierigkeiten. Diese lagen nun nicht etwa in der Abweigung der beteiligten Unternehmerkreise gegen eine wirksame Kartellpolitik, es wurde im Gegenteil über das Fehlen von Kartellen oft geklagt. Zurückzuführen hat man die schwache Kartellbildung im Maschinenbau auf die vielgestaltige Produktion der in Betracht kommenden Fabriken, bei der eine Vereinheitlichung gewisser Bedingungen sich nicht erreichen ließe. In den Zweigen des Maschinenbaues, in denen die Kartellbildung aus den eben angeführten Gründen erschwert war, blieb aber der Zusammenschluß keineswegs aus, er vollzog sich sogar in seiner schärfsten Form, nämlich durch eine rege Kartellbildung. Doch auch an dem Ausbau der Verbandsbildung wird nicht gearbeitet; wie es scheint, haben diese Bestrebungen gerade während des Krieges erhebliche Fortschritte gemacht. In der unlangst abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten hielt Dipl.-Ing. Sed einen Vortrag über „Verbandsbildungen in der Maschinenindustrie“, der diese Entwicklung klar zeichnete: Durch Gemeinamteitarbeit hat die Erfüllung der von der Seeresverwaltung geforderten Leistungen, Materialbeschaffung, Bereitstellung von Arbeitskräften, einzig und allein bewältigt werden können. Die „Zentralstelle für die Ausführungsbewilligungen in der Maschinenindustrie“ ist die Stelle geworden, bei der die Prüfung der Ausführungsanträge und Einhaltung der von der Regierung vorgeschriebenen Bedingungen vorgenommen wird. Für die Nachprüfung der aufgestellten Preis-, Zahlungs- und Lieferbedingungen hat der Verein der Maschinenbau-Anstalten neben dieser Zentralstelle eine besondere Stelle, die „Preisstelle für den Maschinenbau“ geschaffen, der gleich die Aufgabe zugewiesen ist, nach Bedarf weitere Vereinbarungen in der Maschinenindustrie herbeizuführen. Die herbeigeführten Vereinbarungen haben sich ausnahmslos bewährt. Man ist zu der Einsicht gekommen, daß es häufig zweckmäßiger sei, sich in der Fertigung zu beschränken, also sich zu spezialisieren. Für die Zusammenfassungsbewegung sei, so schloß der Vortragende, keine Zeit geeigneter als die augenblickliche. Beginne man jetzt mit den Vorarbeiten, so ständen für die Zeit der Uebergangswirtschaft, die die denkbar größte Belastungsprobe unserer Wirtschaft bringen würde, schon bestimmte Erfahrungen und in den Verbänden festgefugte Wirtschaftskörper zur Verfügung.

Eine Sonderstellung nahm die Glühlampenindustrie insofern ein, als sie während des Krieges bisher zu keiner Preisserhöhung geschritten war, obwohl ihre Erzeugungskosten schon durch die Verteuerung der Materialien, vor allem für Platin und Wolfram, sehr erheblich gestiegen waren. Daß jetzt erst Vereinbarungen über eine Preissteigerung erfolgten, ist nach einem Bericht der „Sächsischen Zeitung“ in erster Reihe das Ergebnis einer Verständigung bisher kämpfender Konkurrenzgruppen. Der Preisvereinbarung ist nämlich die Julius Putsch Akt.-Ges. beigetreten, gegen die sich bis dahin namentlich der Kampf der Gruppe der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gerichtet hatte. Diese Gruppe umfaßt außer der A. E. G. die Siemens-Schuckert, Bergmann, und die Auer-Gesellschaft. Die dritte Gruppe der Glühlampenindustriellen, die mittleren und kleinen Betriebe, dürfte ebenfalls aus der Preisserhöhung auf mittelbarem Wege Vorteil ziehen. Sie stellt ihre Erzeugnisse nach dem sogenannten Ziehverfahren her, das die A. E. G. für sich auf Grund eines aus Amerika bezogenen Patents in Anspruch nimmt. Der Prozeß hierüber schwebt jetzt vor dem Reichsgericht. Bei obigem Urteil der A. E. G. würden sich die Patente Regreßansprüche gegenüber sehen, durch welche sich zum mindesten eine starke Abhängigkeit der A. E. G. gegenüber für sie ergeben würde. Wie die Sachlage bisher war, wäre damit eine monopolartige Ringbildung in der Glühlampenindustrie unter Führung der A. E. G. geschaffen worden, der lediglich die Putsch A.-G. gegenüberstanden hätte. Diese stellt ihre Metallfäden nach einem andern Verfahren, dem Spritzverfahren, her, in dessen Ausgestaltung sie in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht haben soll. Es kann angenommen werden, daß auch diese Tatsache zu der Anbahnung der Verständigung beigetragen hat.

Die wirtschaftliche die größte Tragweite besitzende Kampfmethode gegen die Lukenleiter der A. E. G.-Gruppe ergab sich jedoch, wie das Blatt weiter zutreffend betont, aus der Vereinigung von Installationsindustrie und Stromversorgung in der Hand der großen Elektrizitätsunternehmen: die A. E. G.-Gruppe vermochte für ihre Erzeugnisse sich ein durch keinen Wettbewerb gefährdetes Absatzgebiet zu schaffen, indem sie die Stromlieferung mit der Bedienung verknüpfte, auch die Lampen und sonstigen Teile der Beleuchtungsanlagen von derselben Stelle zu beziehen; so wurden die Absatzmöglichkeiten der übrigen Fabriken in dem Maße, wie die Macht der mächtigsten Unternehmen sich ausdehnte, eingeschränkt. Da weiter die Gründung privater unabhängiger Elektrizitätswerke unter den bestehenden Verhältnissen kaum noch zu erwarten ist, muß die Entwicklung zu einer weiteren Einschränkung des Absatzfeldes auf die staatlichen und kommunalen Werke führen.

Wenn mit der Stromlieferung die Bedienung verknüpft ist, auch die Lampen und sonstigen Teile der Beleuchtungsanlagen von dem Stromlieferanten zu beziehen, so ist das Materialmonopol natürlich ein vollkommenes. Gegen derartige Materialmonopole sind die Regierungen schon seit einer Reihe von Jahren eingeschritten, aber ihre Anordnungen richteten sich und können sich lediglich gegen die vertragsliche Zusicherung von Materialmonopolen richten. Am Leben verblieben insofern die Strombesitzenden Gesellschaften sich die Vertheilung der Installationen und die Lieferung von Maschinen an die Stromabnehmer zum allerersten Teil auch ohne die ausdrückliche Vertragsverpflichtung der Strombesitzer zu sichern.

Berlin, den 22. Mai 1917. Julius Kallisch.

Förderung der Baufähigkeit durch die Seeresverwaltung.

Trug der hohen Kämpfe jetzt müssen doch, wie allgemein anerkannt, schon immer gewisse Vorbereitungen für den mit Eintritt des Friedens dringlichen Aufgaben getroffen werden. Nach fast allgemeiner Uebereinstimmung besteht für die Zeit nach dem Kriege, wenn wir an schrecklichen Szenen, die Gefahr eines großen Wohnungsnot und harten Mitternachts und zu ihrer Beseitigung wird

Literarisches.

Die Glode, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 8 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Benfah, M. d. R.: Die Fremdkämmigen. Ullrich Saenger: Das Wohlrecht der deutschen Frau! Johann Wenge: Die Revolutionierung der Revolutionäre IV. C. H. Sell: Das Arbeiterinteresse an der Kleinindustrie. Dr. Ignaz Schomer: Die „Intelligenz“ im neuen Deutschland. Ernst Wehlich: Karl Wilhelm Völke. Glosken. — Einzelhefte 20 Pfg., vierteljährlich 3.50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Arbeiter-Jugend. Die eben erschienene Nr. 10 des 9. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Politische Bildung. Von Richard Seidel. — Der neue Lehrling. Von Th. Thomas. (Schluß). — Zur Geschichte des Jugendbundes III. Von A. Wiffel. — Was ist die Spektralanalyse von den Geisteswissenschaften? Von Paul Kohn. (Mit Abbildungen). — Arno Holz und sein „Phantasia“. Von Karl Bröger. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Spindelmanns Rezension der Gegend. Von Just. Kermer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Durch Rundschreiben an die Ortsverbände im August 1914, sowie durch häufige Bekanntmachung im „Steinarbeiter“, ist darauf hingewiesen, daß § 4 Absatz 2 des Statuts während der Kriegszeit aufgehoben ist.

§ 4 Absatz 2 lautet jetzt folgendermaßen: „Jedes in Arbeit stehende Mitglied ist verpflichtet, seinen vollen Beitrag zu leisten; bei Erwerbslosigkeit (Krankheit, Arbeitslosigkeit) über drei Tage in der Woche kann das Mitglied ein: Erwerbslosensmarkte stellen. Zum Militär eingezogene Mitglieder können, wenn sie sich abgemeldet haben, ohne Eintrittsgeld wieder Mitglied werden, sobald sie mindestens innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung sich beim Zentral- oder Ortsverband anmelden.“

Damit ist die Bestimmung, daß jedes Mitglied 46 volle Beiträge im Jahr zu leisten hat, für die Kriegszeit aufgehoben.

Adressen-Veränderungen.

Borßigender vom Verbandsausguck: Emil Lehner, Post bei Copitz a. d. Elbe Nr. 20.
Ebenberg i. Schl. Borf. u. Raff.: Oswald Steger, Markt 218, I.
Oldenburg. Borf. u. Raff.: Robert Pucz, Oldenburg-Donnerschwee, Entstraße 11.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei der Hauptkassa folgende Gelder ein: Halle, Jnf. 2.—, Bede 8.64, Emmerla 10.24, Elm 4.23, Gabelsleben 11.90, Böttigfeld, Jnf. 8.20, Euzhagen, Jnf. 1.23, Altona 8.—, Rempfen 7.—, Stettin, Jnf. 7.20, Lunkirchen 68.96, Greiz 8.40, Kammeisbach 4.20, Vertelsdorf 17.28, Weicha 11.—, Weida, Jnf. 2.40, Leipzig, Jnf. 2.—, Warmbrunn 1.23, Guben 4.—, Dittersbach 10.—, Bömen 5.—, Rastorf 11.11, Larnowitz, Jnf. 9.60, Clausnitz 8.40, Langenlisa, Jnf. 7.6, Eisenberg 5.—, Kirchheim 5.40, Gemeral 6.13, Ehringsdorf 11.92, Rief 81.44, Rayen 400.—, Wilschberg 17.80, Brandenburg 1.60, Cöthen 4.90, Prensau 4.90, Bremerörbe, Jnf. 1.60, Gortau 6.40, Weichensee 33.80, Pomburg 6.80, Sulzdorf 24.—, Eibelsdorf 9.68.
G. W. Walter, Kassierer.

Anzeigen
Einige Steinmetzen
werden eingestellt.
Granitwerk Koburg.
Granitsteinmehlen
steht sofort ein
Daul u. Tollert, Beucha in Sachsen.

Schrifthauer
(Klford) findet dauernde Beschäftigung bei
S. Schulze, Halle a. S.

Im Felde gefallen
Find nachfolgende Kollegen:
Paul Doll, 21 Jahre alt, aus der Zahlstelle Etschach.
Joseph Motzel, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle Reichenhausen.
Georg Löw, 22 Jahre alt, aus der Zahlstelle Bernsd. (Bezirk Schwarzenbach).
Valentin Hüllinger, 20 Jahre alt, aus der Zahlstelle Abhofen.
Heinrich Krahl, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle Rüdels.
Ehre ihrem Andenken!
(Für Erlaubnis die Verrentenliste, das auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Lebensversicherungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Lebensversicherungen zur allgemeinen Statistik eingeleitet wurden.)
In Berlin am 23. Mai der Sandsteinmetz **Karl Kischow, 51 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In Riedheim am 11. Mai der Kalksteinmetz **Adalbert Werner, 43 Jahre alt, an Herzleiden, im Jagarath.**
In Ruedersdorf (S.-O.) am 25. Mai der Granitsteinmetz **August Wiedner, 67 Jahre alt, an Magenleiden.**
In Gommern am 21. Mai der Kalksteinmetz **August Schulze, 37 Jahre alt, an Lungentuberkulose, und am 26. Mai der Brecher August Schaller, 66 Jahre alt, an Infarkt.**
In Rottendorf o. L. am 22. Mai der Kalksteinmetz **Friedrich Herrscher, 31 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In Sietzsch (S.-O.) am 24. Mai der Gruffelmacher **Friedrich Lüss, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In Sauffen (Bezirk Schwarzenbach) der Kollege **Christoph Scheller an Rückenmarkentzündung.**
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Dierwig, Leipzig
Beratung von Paul Starke in Leipzig
Polenansdruck der Leipziger Buchdruckerei Völkner & Co.

lo daß für das laufende Reformwerk nicht viel Neigung, Zeit und Geld übrig sein werden. Nur die Arbeiterklasse oder vielmehr sind das Grunde genug, überhaupt alles anzubahnen, damit, wenn an die Neuordnung aller Dinge herangetreten wird, ihre Interessen nicht an letzter, sondern mit an erster Stelle zu stehen kommen. Es ist daher eine internationale Aufgabe nur zu betonen. Möge die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine fruchtige internationale gewerkschaftliche Aktion anbahnen helfen.

Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1916. Die alljährlich vom Statistischen Amt der Stadt Köln veröffentlichte Heftreihe über die Bautätigkeit in deutschen Städten läßt für das Jahr 1916 einen weiteren Rückgang der schon im Vorjahre sehr schwachen baulichen Entwicklung erkennen. In der Berichterstattung waren diesmal 37 Städte beteiligt; es fehlten Angaben aus Bismarckshagen, Dortmund, Halle o. S., Mainz, Mannheim, Posen und Plothen. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat ein Rückgang auf etwa den zehnten Teil stattgefunden. Der Zahl der neuerrichteten Wohnhäuser nach steht Essen mit 296 an erster Stelle. In weitem Abstande folgen Köln mit 141 und Bremen mit 114, während in allen anderen Städten der Zugang weit unter 100 blieb. An letzter Stelle stehen die Städte mit 2 Charlottenburg und Altona mit je 1 neuerrichteten Wohngebäude, während in Bochum und Berlin-Schöneberg die Bautätigkeit vollständig ruhte. Eine teilweise andere Reihenfolge ergab sich, wenn man die Städte der Zahl der neuerrichteten Wohnhäuser nach einordnet. Auch dann stehen zwar Essen mit 908 und Köln mit 555 neuen Wohnungen an der Spitze. Dann folgen aber Hamburg mit 493, Dresden mit 398, Frankfurt a. M. mit 302 und Königsberg und Leipzig mit je 240 Wohnungen. Einen geringeren Zuwachs als 20 hatten Krefeld, Gelsenkirchen, Charlottenburg und Wiesbaden. Wenn man die Altmwohnungen mit einem bis drei facheren Zimmern gesondert betrachtet, so betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der errichteten Wohnungen im Durchschnitt 45,8 Proz. Er war am größten in Frankfurt a. M. mit 83,8 Proz., in Danzig mit 52,8 Proz. und in Stragburg i. C. mit 75,3 Proz. — Auch die allgemeine Bautätigkeit zeigt sich naturgemäß durch den Krieg beeinflusst. Es wurden im ganzen von den in Betracht kommenden Behörden, Eritigungen, Genossenschaften usw. 463 Wohnhäuser mit 1430 Wohnungen hergestellt gegen 697 Wohngebäude mit 2345 Wohnungen im Vorjahre. Arbeiterwohnhäuser befanden sich darunter 344 mit 1015 Wohnungen. Die meisten neuen Wohnungen sind Arbeiter entfallen mit 376 in Essen. Es folgen Danzig mit 115, Dresden mit 76, Frankfurt a. M. mit 66 Wohnungen. Die eigentlichen Kollegen dieser so stark verringerten Bautätigkeit werden sich erst nach dem Kriege zeigen, falls dann durch die heimkehrenden Krieger und die Gründung vieler neuer Haushalte ein starker Nachbedarf an Wohnungen eintreten sollte.

Die heutige Nummer des „Steinarbeiter“ hat oben am Kopfe ein Zeichen. Es ist die Signale des Leipziger Völkerschlachtens; dieselbe gilt als Berechtigungsausweis des Leipziger Generalkommandos auf die Dauer des Krieges, damit das Blatt von nun an ungehindert ins neutrale Ausland und die besetzten Gebiete verandt werden kann. Die Abonnenten im Ausland und in den besetzten Gebieten erhalten umgehend die bis jetzt zurückgeholten Nummern nachgeschickt.

Volkspflege. Die beste Versicherung für das arbeitende Volk bietet die im Juli 1913 durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften errichtete gemeinnützige Volkspflege-Versicherungsgesellschaft Volkspflege, deren Hauptverwaltung sich in Hamburg, Beim Strohhause 38, befindet, und die Rechnungsstellen in allen bedeutenden Städten des Reiches hat. Die Volkspflege bietet die Versicherung zum Selbstkostenpreis. Alle Ueberhörsche stehen den Versicherten zu. Lantien werden niemand gewährt. Das von den Gewerkschaften und Genossenschaften zu gleichen Teilen gestellte Aktienkapital darf höchstens mit 4 Proz. verzinst werden. Der Gewinnverteilungsfonds betrug Ende 1915 219286 Mk.; der Kriegsvorsorgefonds 90341 Mk. Der bei privaten Gesellschaften vielfach übliche veräußerliche Verkauf von Versicherungen ist bei der Volkspflege ausgeschlossen! Wird die Prämienzahlung während des ersten Jahres eingestellt, so wird die Versicherung in eine Sparversicherung umgewandelt, hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden, wird sie in eine prämienfreie Versicherung umgewandelt! Die Volkspflege bietet alle Arten der kleinen Lebensversicherung bis zu 1500 Mk.

Tarif I: Versicherung auf den Todesfall, mit abgetürzter Prämienzahlung. Allen zu empfehlen, die nur für ihre Angehörigen sorgen wollen.
Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, mit abgetürzter Prämienzahlungsdauer. Dem zu empfehlen, der selbst noch in den Genuss der Versicherungslumme kommen will.
Tarif III: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, mit jährlicher Prämienzahlungsdauer.
Tarif IV und IVa: Kinderversicherung in Verbindung mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung.
Tarif V: Sparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung.
Tarif Va: Risikoversicherung mit einmaliger Prämienzahlung, nur in Verbindung mit Tarif V zulässig.
Tarif VI: Kinderversicherung mit zwangloser Prämienzahlung.
Die Tarife sind nach der neuesten Sterbetafel berechnet! Bei allen Kapitalversicherungen vom zweiten Versicherungsjahre an Gewinnbeteiligung. Alle Vertrauensleute unserer Organisation geben weitere Auskunft. Wer sich und die Seinen versichern will, tut das am besten bei der Volkspflege!

Zeit und Gewicht aus Österreich. Das Kriegsnahrungsdienst erlaube die Entsendung des Getreides im Deutschen Reich und übertragung dem Kriegsdienst für Getreide und Getreide. Der Getreideertrag ist es jetzt gelungen, aus dem Getreidekorn den kleinen Fein, der in der Zubereitung zum Vorkommen ähnlich ist und die wichtigsten Nährstoffe für die menschliche Ernährung enthält, zu entfernen. Alle bedeutenden Mühlen haben die Entsendung eingeführt. In fünf Millionen werden dann die entsprechenden Reime zu Getreide verarbeitet. Auf diese Weise wird ein brauchbares Speisefuttermittel und Rohmaterial für die Vorkonsumindustrie gewonnen. Das Getreide enthält die Gewinnschicht in dreierlei Hinsicht: in der Getreidekörnung, in der Getreidekörnung und in der Getreidekörnung. In der Getreidekörnung sind die Getreidekörner als Getreidekörner zu verwenden. In der Getreidekörnung sind die Getreidekörner als Getreidekörner zu verwenden. In der Getreidekörnung sind die Getreidekörner als Getreidekörner zu verwenden.

Im Deutschen Reich lebten im Jahre 1914 15 Millionen Deutschen. Von diesen lebten 10 Millionen in der Stadt und 5 Millionen in der Provinz. Die Bevölkerung der Städte ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Bevölkerung der Städte ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Bevölkerung der Städte ist in den letzten Jahren stark gewachsen.

Kann eine allseitige umfassende Bautätigkeit, namentlich was die Städte anbelangt, notwendig sein. Eine der wichtigsten Voraussetzungen aber, die einer solchen Bautätigkeit entgegenstehen, ist die Mangel an Baumaterial. Da darf nun darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Holzindustrie und wohl auch die Zementindustrie in der Lage waren, hier wesentlich helfend einzutreten. Die Verfahren über sehr viel Baumaterial, das für die Bautätigkeit sehr geeignet wäre und das sie zum Teil schon im Jahre 1914 im Rahmen der Friedensarbeiten nicht mehr brauchen. In der ausgebauten Holzindustrie und Unterständen und abgebauten unterirdischen Bauten befinden sich Holz, Eisen, Zement usw. in großer Menge, ferner erhalten aber auch die unterirdischen Abwässer der Städte oder später zum Abbruch kommen werden, namentlich die im die Geologischen, große Mengen von Baumaterial. Diese Baumaterialien sollte die Zementverwaltung, ferner die Holzindustrie, namentlich der zur Erzeugung von Kleinfabrikationen, zur Herstellung von Zement und zwar zu billigen Preisen, verwenden — auch wenn, um der aus mannigfachen Gründen zu verwendenden hohen Verteuerung des Bauens entgegenzuwirken. Dies wäre eine sehr wirksame Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit! Vollständig unerlässlich hierfür wäre aber, den Holzungen der für dieses Vorhaben zu finden. Es müßte dafür Sorge getroffen werden, daß dieses notwendige Material denen zugeteilt wird, die es durch ihr Arbeitsbestreben verdienen und zwar nach aller Möglichkeiten denjenigen Stellen, die den dringendsten Bedarf haben. Ferner müßte unbedingt Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Holzindustrie, in denen der Bevölkerung dieses militärische Material zugeführt wird, den von der Zementverwaltung zu findenden billigen Holzwaren entgegensteht und daß nicht etwa von den Zementfabrikanten ein ungeschicklicher Ausschlag genommen wird. Es müßte ein, daß ferner nicht nur allen in den Gemeinden, die Gemeinderäte und die Gemeindevorstände, die geeigneten Stellen zur Vornahme und Verwertung des Materials sein müßten. Im Jahre 1914 wurde eine vorläufige Regelung der gesamten Holzindustrie durch die Zementverwaltung erreicht und dem Reichsamt des Innern oder auch den einzelnen Bundesstaaten übertragen. Jedoch, falls sich die einzelnen Kommunalverwaltungen und ihre Verbände, die gemeinnützigen Bauunternehmungen und der Vertreter der Wohnungsreform jetzt schon ohne Verzug um diese sowie Anzeigender kümmern.

Korrespondenzen.

Geographie. Am 27. April hatten die Kollegen den Unternehmern eine Forderung auf mehrere 10 Proz. Zuerstausgabe unterbreitet, weil die Zuerstausgabe der Lebensmittel fast unerschwinglich wurde. Die Unternehmer antworteten darauf am 11. Mai, daß sie gewillt seien, vom 1. Juni an 2 Proz. und ab 15. Juli weitere 3 Proz. im ganzen 5 Proz. zu bewilligen. Sie führten allerlei Gründe an, daß sie die 10 Proz. nicht bewilligen könnten. Die Kollegen konnten sich damit aber nicht zufrieden geben, denn ihre Gründe gegen die weitere Zuerstausgabe der Lebensmittel werden weder von Produzenten noch Händlern beachtet, und so erzwungen sie ihre Forderung am 22. Mai und kamen insofern den Unternehmern entgegen, daß sie ab 1. Juni 5 Proz. und ab 1. September nochmals 3 Proz. verlangten. Darauf antworteten die Unternehmer am 26. Mai in einem langen Schreiben, und sie gewähren nun am 15. Juni 5 Proz. und am 1. Oktober wieder 3 Proz., so daß dann die ganze Zuerstausgabe 20 Proz. betrage. Die Kollegen sind damit einverstanden. Sie tun noch nie vor ihre Schuldbücher, wünschen aber, daß die Behörden endlich einmal der wahlhändigen Preissteigerung ein Ende machen. Aber auch alle Kollegen ohne Ausnahme müssen jetzt einsehen, daß eine Verbesserung der Lage nur möglich ist, wenn alle zusammen und dem Verband beitreten, der für jeden Arbeiter einen feiner Nutzen hat und einen hohen Lohn für die Kollegen bietet. Es hat keiner Steinarbeiter mehr geben, der nicht dem Verband angeschlossen ist.

Rundschau.

Auszeichnungen. Die Kollegen Robert Wolf und Hermann Kamelke aus der Zahlstelle Königsberg erhielten das Eisenerz II. Klasse. Die Kollegen Max Schreiner und Joseph Koller aus der Zahlstelle Zittling erhielten das Militärverdienstkreuz mit Krone und Schwertern.
Anerkennung der Bauarbeiter als Schwerstarbeiter. In einer Sitzung des Annahmeverbundes deutscher Bauwerkstätten an der Kriegsernährungsamt wird die Anerkennung der Bauarbeiter als Schwerstarbeiter verlangt. Die handarbeitende Tätigkeit im Bauwesen, größtenteils im Freien, sei ebenso anstrengend wie die der Köchinnenarbeiten; wenn daher dem Bauarbeiter noch besondere für die Bauarbeiter mit einzuwirken werde, werden die Arbeiter immer mehr in die Gemeinde übergehen, wo sie als Schwerstarbeiter gelten. Dadurch würde die ohnehin durch den Krieg immer schäblichere Wirtschaftslage des Bauwesens empfindlich werden.
Die Gruben. Die hier für die Bauarbeiter gelten, treffen in erheblichem Maße für alle Steinarbeiter zu, die bei der Gewinnung und Bearbeitung die schwersten Maße mineis Binden und Pressungen bestanden und beim Transport schwere eiserne oder hölzerne Form tragen und beim Reiben unermüdeten Steine tragen müssen. Die harte Sanierung mit schweren Werkzeugen beim Brechen, Spalten und Bearbeiten aller Art ist sehr schwer. Die Bauarbeiter an der Schwerstarbeiter gerechnet werden müssen.
Wir erwarten. daß hier das Kriegsernährungsamt gleich andere Stellen auch den Steinarbeitern außer der Preisfrage bei der Arbeit auch gewisse Rohmaterialien ausstellt.

Internationale Gewerkschaftskonferenz. Am 5. Juni 1916 in Stockholm eine internationale Gewerkschaftskonferenz zusammenberufen. Die Konferenz wurde durch die auf die Dauer der Kriegszeit in Stockholm erscheinende Internationale des Internationaler Gewerkschaftsbundes. Besonders wichtig ist die an der Konferenz teilgenommenen Länder, die Delegierten der Gewerkschaften aus England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Persien, Indien, China, Japan, Korea, Siam, Philippinen, Indonesien, Australien, Neuseeland, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien, etc. Die Konferenz wird die Gewerkschaften der Welt zusammenbringen und die Gewerkschaften der Welt zusammenbringen und die Gewerkschaften der Welt zusammenbringen.